

Abo [Gemeindeversammlung Horgen](#)

Horgner lehnen umstrittene Initiative für bezahlbaren Wohnraum ab

Die Wohnungsinitiative der SP bewegte die Gemüter an der Gemeindeversammlung. Sie wurde schliesslich mit 56 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.



[Daniela Haag](#)

Publiziert heute um 11:37 Uhr



Bezahlbarer Wohnraum ist knapp in Horgen, obwohl es in der Gemeinde überdurchschnittlich viele Genossenschaftswohnungen hat.

Foto: Michael Trost



Hören Sie diesen Artikel:



00:00 / 04:26 1X

[BotTalk](#)

In Horgen herrscht Wohnungsmangel. In diesem Punkt waren sich die Rednerinnen und Redner an der Gemeindeversammlung in Horgen vom Donnerstagabend einig. Ob und welche Massnahmen die Gemeinde ergreifen soll, wurde aber kontrovers und teils emotional diskutiert. Mehrere Male erinnerte Gemeindepräsident Beat Nüesch (FDP) die Anwesenden daran, dass während der Versammlung nicht applaudiert wird, sondern erst am Ende.

Simon Vogt, der die Einzelinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum in Horgen» im Namen der SP eingereicht hatte, verwies auf die Verfassungen von Bund und Kanton Zürich,

wonach die öffentliche Hand den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern hat. Die Initiative verlangte vom Gemeinderat, dass er 30 bis 50 preisgünstige Wohnungen bereitstellt.

Die Initiative habe den Vorteil, dass sie Horgen fast nichts koste, denn eine Genossenschaft würde die Wohnungen bauen, sagte der SP-Co-Präsident. «Der Gemeinderat kann sogar die Vergabekriterien, zum Beispiel für Familien oder für Alterswohnraum, vorgeben.»

Die Grünen unterstützten die SP-Initiative. Ihr Präsident Urs Länzlinger betonte: «Jedes Jahr verschwindet bezahlbarer Wohnraum.» Junge Familien hätten keine Chance, eine günstige Wohnung zu finden.

Eine Betroffene berichtet

Diese Aussage bekräftigte eine Horgnerin, die den 358 Stimmberechtigten im Schinzenhofsaal ihre persönliche Situation schilderte. Sie zog vor vier Jahren mit ihren beiden Kindern nach Horgen, wo sie eine Genossenschaftswohnung fand. «Ich hatte Glück», sagte sie. Diese Wohnung wird nächstes Jahr jedoch abgerissen. Obwohl sie 70 Prozent arbeitet, erhält sie monatlich nur 2000 Franken ausbezahlt: «Damit kann ich keine Wohnung bezahlen.»

«Die meisten von uns kennen Leute, die in einer Notlage sind», nahm der ehemalige SP-Präsident Alfred Fritschi den Faden auf. Die Problematik sei bedrückend. Die soziale Durchmischung sei bedroht.

Horgen hat viele Genossenschaftswohnungen

Der Gemeindepräsident begründete, wieso der Gemeinderat die Initiative zur Ablehnung empfahl. Horgen habe eine rege Bautätigkeit, und die Bevölkerungszahl steige. Er betonte: «11 Prozent der Wohnungen in Horgen gehören Genossenschaften.» Damit liege Horgen nach den Städten Zürich und Winterthur an dritter Stelle. Auch bei den Alterswohnungen stehe Horgen vergleichsweise gut da.

Der Gemeinderat ist auch gegen die Initiative, weil Horgen nur über wenige und kleine Flächen verfüge. «Der Gemeinderat muss sich gut überlegen, wofür er diese verwenden will», sagte Nüesch. Landreserven seien nötig, unter anderem für die Schule und die Energieversorgung.

Breites Nein-Lager

Auch die bürgerlichen Parteien lehnten die Initiative ab. SVP-Präsident David Wolf warnte vor einem weiteren Preisanstieg für Immobilien, falls die Gemeinde als Käuferin in den Markt eingreifen müsse, um die Vorgabe der Initiative zu erfüllen. In diese Kerbe schlug auch Walter Reutlinger, ehemaliger FDP-Präsident: «Wenn wir die Initiative annehmen, entsteht ein wüster Kampf um billigen Wohnraum.» Die Initiative würde Horgen viel Geld kosten.

FDP-Vorstandsmitglied Maurus Huser strich den Unterschied der SP-Initiative zu jener der FDP in Richterswil für bezahlbare Familienwohnungen heraus. In Richterswil sei es im Unterschied zu Horgen um ein konkretes Stück Land gegangen, betonte er.

Die Wohnungen seien teuer geworden, weil neue Gesetze das Bauen massiv verteuert hätten, argumentierte ein Horgner Stimmbürger. Auch sei die Wohnfläche pro Person stark gestiegen. Ein anderer Votant plädierte dafür, dass die Ge-

meinde einkommensschwache Personen gezielt unterstützt, statt wenige Wohnungen selber zu bauen.

In der Diskussion erhielten die Voten zugunsten der Initiative zwar mehr Zuspruch von der Versammlung. In der Abstimmung unterlag die Initiative jedoch. Sie wurde mit 182 Nein- zu 144 Ja-Stimmen abgelehnt.

Daniela Haag ist Redaktorin und berichtet schwerpunktmässig über die Zürichsee-Region. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

0 Kommentare